Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.70.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 p. Vorm. 8–8 Uhr Nachm. Sonntags p. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Plohrg. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile umfaßt 8 Silben: 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" dementsprechend 40 Pfg. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten 2c. bis 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Jumpelt's Deutsches Veilchen.
Hochfeiner, anhaltender Blumenduft.
Käuflich in allen feinen Parfümerie-Handlungen.

(D. R.-P.)
Thüre zu!
Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser
Thürschliesser.
80,000 St. im Gebrauch.
Prospecte gratis u. franco.
Curt Heinsius,
Königl. Sächs. Hofdecorateur,
Dresden-N.,
Kurfürstenstr., Ecke Tieckstr.
(Fernsprechamt II. Nr. 2200.)

Frostbalsam
von exacter Wirkung. Flasche 60 Pfg., **Frostsalbe, Boroglycerin-Creame, Glycerin-Creame,** elegante Toilettemittel, gegen rauhe Haut und offene Frostschäden.
Prompter Versandt. Kgl. Hofapotheke Dresden. Georgenthor

Baby-Bazar | **Hermann Arndt,** Bautznerstr. 16.
Reichste Auswahl sämmtlicher **Baby-Artikel.**
Baby-Ausstattungen von 15 Mk. an.
Ausführlicher Katalog bereitwilligst.

Anton Müller, Buchbindermeister
Dresden-A., Lüttichaustr. 19.
Grössere Aufträge werden schnell erledigt.
Bedienung prompt. Preise billig.
Fernsprecher: Amt III. Nr. 3547.

Photographie von Hahn's Nachf. Specialitäten: **Kinder- und Gruppen-Aufnahmen,** Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark, **Vergrösserungen** nach jedem Bild in künstl. Ausführung.
Jetzt: Waisenhausstr. 16.
gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 23. Spiegel: Rechte der Bauhandwerker, Frankreich und England, Tückel. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Ball im Ministerhotel, Gerichtsverhandlungen, „Emilia Galotti", Resource-Concert, Hugenberg-Concert. | Muthmaßliche Witterung: Neigung zu Niederschlägen. | **Freitag, 24. Januar.**

Für die Monate Februar u. März

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 1 Gulden 69 Kreuzern angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

„Ich habe mein Reichstintenfaß!" kann jetzt der Reichstag mit demselben tiefgründigen Behagen rufen, mit dem einst Herr Walter von der Vogelweide sang, als er das lang ersehnte eigene Heimwesen bekommen hatte: „Ich hab' mein' Lehn!" Man darf sich billig wundern, wie in diesen tintengeschwängerten Zeitläuften der Reichstag bisher überhaupt fertig geworden ist ohne sein Reichs-Riesen-Tintenfaß. Jetzt endlich nach 25 Jahren, in denen er sich ohne eigenes Tintenfaß mühsam „durchkritzeln" mußte, hat er den symbolischen Schlußstein erhalten, der ihm noch fehlte. Möge der Spender des grandiosen „Fasses", dessen Inhalt sich zwar an edler Geschmackswürze nicht mit dem des Heidelberger Fasses messen kann, dafür aber jenes an durchdringender Kulturwürze weit überragt, für seine Gabe von Reichs- und Reichstagswegen gesegnet sein! Die patriotischen Parteien des Reichstages werden nun im Sinne des „edlen Gebers" dafür zu sorgen haben, daß das Reichstintenfaß stets nur mit guter, echter, untadelhafter Reichs- und Kaisertinte gefüllt werde, damit aus jeder Zeile, in der das Wirken des Reichstages verewigt wird, ausschließlich jener erhabene patriotische Geist sprechen möge, der sich am 18. Januar mit überwältigender Kraft offenbart hat. Wenn dieser Geist im Reichstagshause waltet, wird der Reichsgedanke niemals „in die Tinte" gerathen. Dann wird jede Maßregel, die der Stärkung der deutschen Wohlfahrt nach innen wie nach außen dient, mit freudiger Zustimmung im Reichstage begrüßt werden und u. A. auch in nicht ferner Zukunft der Augenblick erscheinen, da die protokollirende Reichsfeder sich in das Reichstintenfaß senkt, um den inhaltsschweren Satz niederzuschreiben: „Die Mittelstandsreform ist vollendet!" Langsam, aber sicher zieht sich der Kreis dieser Reform, die grundlegend ist für die gesammte Wohlfahrt unseres Volkes, zusammen. Auch die Verhandlung vom Mittwoch, die ein Seitenstück zu den jüngst in der 2. sächsischen Kammer gepflogenen Berathungen über denselben Gegenstand bildete, hat wieder ein gutes Stück zu der Peripherie jenes Kreises hinzugefügt durch die Annahme des nationalliberalen Antrages, daß die Regierung zur Vorlegung eines Gesetzentwurfes betr. den Schutz der Bauhandwerker aufgefordert werden soll. Dieser Antrag fand die Zustimmung der Konservativen sowohl wie des Centrums und entsprach den wahren Interessen der Bauhandwerker um so mehr, als die Regierung vorher die Erklärung abgegeben hatte, daß bei der Neubearbeitung des Handelsgesetzbuches der Schutz des Bauhandwerks in strafrechtlicher, handelsrechtlicher und hypothekarischer Hinsicht vorgesehen sei. Ein von antisemitischer Seite zu dem Gegenstand gestellter Antrag fand dagegen allseitige einmüthige Verurtheilung, da er die schwerwiegenden Interessen insbesondere auf hypothekarischem Gebiet, die hier in Frage kommen, nach der üblichen „unverantwortlichen" Manier des Nur-Antisemitismus einfach über das Knie brach zu Gunsten einer erhofften agitatorischen Wirkung. Wenn nunmehr also für die Bauhandwerker wirklich ein gesetzlicher Schutz erzielt wird, so haben die Gewerbetreibenden die ihnen zu Theil gewordene Hilfe nicht dem superklugen Herrn von Liebermann zu verdanken, sondern ausschließlich dem wohlwollenden Zusammenwirken der maßgebenden Parteien des Reichstages. Es dürfte vielleicht angebracht sein, diesen Sachverhalt von vornherein festzustellen für den Fall, daß gewisse „unentwegte" Vertreter des Handwerks später versuchen sollten, den Spieß umzukehren.

In Frankreich scheint sich eine Wendung in dem bisher so unvermuthet günstigen Geschick des Kabinets Bourgeois vorzubereiten. Herr Bourgeois hat nämlich im radikalen Uebereifer zwei kapitale Böcke geschossen und zwar auf dem Gebiete der auswärtigen Beziehungen in dem Verhältniß der Republik gegenüber England und dem Vatikan. Der Mekong-Vertrag mit England wird jetzt allgemein in Frankreich als ein schwerer diplomatischer Mißgriff erkannt. Die öffentliche Meinung sieht in dem Umstand, daß Frankreich nicht gleichzeitig das Protektorat über Siam sich gesichert hat, einen kaum wieder gut zu machenden Fehler. Durch die Erklärung der Schutzherrschaft über Siam hätte Frankreich England in Egypten in der Hand gehabt. Es brauchte sich dann blos auf den Standpunkt zu stellen, daß die französischen Truppen aus Siam gleichzeitig mit den englischen aus Egypten abrücken würden und England saß in der schönsten Mausefalle, die sich denken läßt. Statt dessen ist der Fehler von 1882, als die Franzosen eine gemeinsame englisch-französische Beruhigung und Besetzung Egyptens vorzunehmen sich nicht entschließen konnten, durch den „Chemiker" Herrn Berthelot jetzt in Siam, wo eine Gelegenheit vorhanden war ihn wett zu machen, in die zweite Potenz erhoben worden. Darüber ist man in Frankreich begreiflicher Weise heftig verschnupft. Auch der offene Bruch mit dem Vatikan, auf den das radikale Kabinet in gänzlicher Verkennung dessen, was die innerpolitische Lage nach dieser Richtung erfordert, mehr und mehr hindrängt, ist zu einem schweren Stein des Anstoßes bei allen vernünftigen Politikern geworden, nicht nur bei den Monarchisten und Klerikalen, sondern eben so sehr bei den gemäßigten Republikanern. Der Senat, der sich durch die radikalen Umtriebe in seiner Existenz bedroht fühlt, hat sogar dem Kabinet Bourgeois Fehde angesagt. Man muß daher jetzt ernstlich mit dem baldigen Sturz des Kabinets rechnen.

Bei der Neubildung des Ministeriums würde voraussichtlich der Hauptnachdruck auf die Finanzfrage gelegt werden, die augenblicklich das A und O aller politischen Weisheit in der dritten Republik ist, nach innen wie nach außen. Die Steuerpolitik ist nachgerade polizeiwidrig fortgefahren. Es genügt, in dieser Beziehung die Feststellung zu machen, daß ein Einkommen von 20,000 Francs bei dem gegenwärtigen Steuersystem einer jährlichen Gesammtabgabe von 5000 Francs unterliegt! Die allgemeine Unzufriedenheit mit dem jetzigen Steuersystem ist daher so groß, daß sie größer kaum noch werden kann, und man darf wohl sagen, daß keine Regierung in Zukunft auf Unterstützung wird rechnen dürfen, die nicht einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden weiß. Nicht besser steht es mit der äußeren Finanzpolitik. Der französische Markt ist vollgepfropft mit russischen und türkischen Werthen. Kurz vor Neujahr wurde ein allgemeiner Rückgang der Russen aus Paris gemeldet und für die Türken am Pariser Platze ist längst guter Rath unerschwinglich theuer. Auf die Ueberfättigung des Pariser Marktes mit türkischen Werthen sind auch die von Paris ausgehenden Versuche einer Stimmungsmache für diese nothleidenden Papiere zurückzuführen.

Es werden krampfhafte Anstrengungen gemacht, um eine neue Anleihe für die Pforte zustande zu bringen, und über kurz oder lang dürfte auch an das deutsche Kapitalistenpublikum ein lockender Sirenenruf zur Betheiligung an einer solchen Anleihe ergehen. Wie liegt aber der Fall? Die betheiligte Bankengruppe ist so leichtsinnig gewesen, der Pforte auf die zu gewärtigenden Erträgnisse einer früher beabsichtigt gewesenen, aber nicht ausgeführten Konvertirung erhebliche Vorschüsse zu leisten, die von der Pforte natürlich längst verpulvert sind. Von der neuen Anleihe würde das Konsortium also gleich von vornherein nicht nur die hohe Provision abziehen, sondern auch den früher geleisteten Konvertirungsvorschuß. Was dann für die Pforte übrig bliebe, wäre, da es sich überhaupt nur um eine Anleihe von wenig Millionen handelt, ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein, die beneidenswerthen Erwerber der neuen türkischen Schuldscheine aber hätten die feste Aussicht auf „sichere" 5 0 Prozent Zinsen und könnten außerdem das Kapital auch noch in den Schornstein schreiben. Hoffentlich wird also kein deutscher Kapitalist so pfiffig sein, Abdul Hamid seinen Kredit zu eröffnen. Der Sultan quält sich redlich ab, etwas in seinem Reiche ausfindig zu machen, was noch verpfändbar ist: Cigarettenpapier, Alkohol, Petroleum, auf alle drei Dinge will er den fremden Kapitalisten ein „Monopol" geben, wenn sie nur blechen. Die türkische Wirthschaft ist aber so unter allem L—obe, daß das Finanzkomitee an den gebotenen Monopolen einstweilen nur verächtlich herumschnuppert und fettere Beute verlangt. Dauernd auf die Beine helfen kann dem Sultan aber kein Mittel mehr. Er ist und bleibt ein unheilbarer Pampus von Persia, bis schließlich einmal der ganze türkische Staatsorganismus der chronischen Defizitsucht erliegt.

Vor 25 Jahren.

Offizielle Pariser Berichte geben die Stärke der französischen Korps, welche am 19. gegen das 5. Korps ausfielen, auf über 100,000 Mann an.

Der Verlust der I. Armee betrug in der Schlacht bei St. Quentin am 19. Januar an Todten und Verwundeten: 94 Offiziere und etwa 3000 Mann.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 23. Januar.

Berlin. Reichstag. Die Berathung des Post-Etats wird fortgesetzt mit dem Artikel „Unterbeamten". — Abg. Bebel (soz.) wiederholt seine vorjährigen Beschwerden über die Verwendung von Postunterbeamten zu Privatzwecken für ihre Vorgesetzten. In Ellerbek wurden diese Mißstände im Vorjahre gegeißelt, bestehen aber trotzdem ruhig weiter. Die dortige Postmeisters-frau, auf welche sich seine vorjährige Beschwerde bezog, habe, nachdem sie von den damaligen Verhandlungen erfahren, gesagt, die Abgeordneten sollten sich um andere Sachen und nicht um die ihrigen kümmern, sonst könnten sie Etwas erleben. (Heiterkeit.) Die Sonntagsruhe-Vorschriften seien für die Unterbeamten so gut wie nicht vorhanden, denselben werde überhaupt zu viel zugemuthet; so müsse ein Postbote da und dort sehr oft Schlitten mit schweren Packeten bergauf ziehen. — Abg. Jskraut (Antis.) bemängelt besonders, daß den Beamten zu wenig Sonntagsruhe gelassen werde. — Präsident v. Buol: Die Frage der Sonntagsruhe sei neulich eingehend erörtert worden, weshalb sich Redner an die Tagesordnung „Unterbeamte" halten möge. — Abg. Jskraut: Ich spreche hier nicht von der Sonntagsruhe im Allgemeinen, nicht von derjenigen der Oberbeamten, die ja auch wohl Zeit genug dazu haben, Sonntags-Jägerei zu treiben, sondern von der Sonntagsruhe der Unterbeamten, ich spreche also zu dem Titel. — Präsident v. Buol: Mag dem Herrn Redner die Einsicht dafür abgehen, so muß ich doch dabei beharren, daß die Frage der Sonntagsruhe jetzt nicht zur Debatte steht. — Abg. Jskraut: Nun, dann werde ich, wenn ich nicht von der Sonntagsruhe sprechen darf, von der Arbeitszeit sprechen. (Heiterkeit.) Wenn schon Herr Singer von seinem mosaischen Standpunkte aus der Postverwaltung neulich nahegelegt habe, wie wenig Sonntagsruhe die Unterbeamten haben, in welchem Lichte erscheine da die Postverwaltung, es sei doch nichts Anderes als Sonntagsunruhe. — Präsident v. Buol ersucht den Redner, endlich das Thema zu verlassen und macht ihn auf die Geschäftsordnung, ordnungsmäßige Folge eines Zuwiderhandelns dieses Ersuchens, aufmerksam. — Abg. Jskraut wünscht sodann noch eine Regelung der Bekleidungsfrage für die Unterbeamten, je nach der Saison Winter und Sommer, und ferner Ertheilung regelmäßiger Erholungsurlaube. — Geh. Rath Wittle stellt eine Ueberbürdung der Unterbeamten in Abrede; in den letzten Jahren seien etatmäßige Mehreinstellungen von Unterbeamten in großem Umfange erfolgt. Unrichtig sei auch, daß bei den Remunerationen die Unterbeamten zu kurz kämen. — Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole) erneuert abermals seine Beschwerde über Beitritt von Postbeamten zu dem verhetzenden H.-K.-T. Verein in der Provinz Posen. Genugthuung empfinde er darüber, daß auch Unterstaatssekretär Fischer neulich zugegeben habe, es sei für die Beamten Zurückhaltung geboten gegenüber einem Vereine, welcher in politischen Bestrebungen zu weit gehe. — Staatssekretär v. Stephan: Der Vorredner vergißt aber zu erwähnen, daß Herr Fischer auch gesagt hat, es müsse dem Takt jedes einzelnen Beamten überlassen sein, sein Verhalten in dieser privaten Hinsicht zu regeln. — Abg. Paasche (nl.) bestreitet noch, daß der H.-K.-T. Verein hetzerisch vorgehe. — Abg. Jskraut spricht seinen Dank für die Mittheilung über die Mehreinstellung von Unterbeamten aus. — Abg. Bebel (soz.) kündigt einen Antrag auf Abschaffung des Gratifikations-Unweisens an, weil die Vertheilung der Gratifikationen zu ungleichmäßig und zum Nachtheil der Unterbeamten erfolge und verlangt, daß die etatmäßige Anstellung nach mindestens 12 Jahren sofort unkündbar erfolge. — Staatssekretär v. Stephan: Bereits im vorigen Jahre hat eine Herabsetzung der Wartezeit für die Unkündbarkeit von 29 auf 12 Jahre von der etatmäßigen Anstellung an gerechnet, stattgefunden. Anträge auf Abschaffung der Gratifikationen sind schon früher gestellt, aber stets abgelehnt worden, weil man der Gratifikationen auch zur Unterstützung in Krankheitsfällen u. s. w. bedarf. — Der Titel wird genehmigt. — Bei dem Titel „Stellenzulagen" beantragt Abg. Werner (Antis.) die Stellenzulagen im nächsten Jahre abzuschaffen und die dadurch verfügbar werdende Summe zu Nachtdienstentschädigungen an Beamte und Unterbeamte zu verwenden. — Staatssekretär v. Stephan: Wir verfahren dabei lediglich nach den allgemeinen Grundsätzen, wie sie seiner Zeit dem Reichstage in der Denkschrift vorgelegt wurden. Ausnahmen hiervon werden nicht gemacht; auch gegen den Vorschlag, den Nachtdienst besonders zu bezahlen, würde ich mich entschieden wenden; wohin sollte es führen, Tag- und Nachtdienst verschieden zu bezahlen. — Der Antrag Werner wird abgelehnt, das Ordinarium wird im Uebrigen debattelos genehmigt. — Beim Extraordinarium bemerkt Abg. v. Leipziger-Kropiwnicki (kons.): Es sei noch nicht dagewesen, daß die Kommission beim Extraordinarium die Streichung nicht eines einzigen Postens beantragte. Angesichts der großen Mehrheit, mit welcher die Kommission ihre Beschlüsse gefaßt, wolle die konservative Fraktion auch hier im Plenum keine Streichungsanträge stellen, obgleich ihm die geforderte Gesammtsumme sehr groß erscheine. — Staatssekretär v. Stephan erwidert: Gegenüber früheren Jahren erscheine der Gesammtbetrag des Extraordinariums doch ziemlich niedrig. — Abg. Schmidt-Warburg (Centr.) mahnt von splendiden Postbauten ab. — Abg. Lingens (Centr.): Es ist leicht zu kritisiren, schwerer, es besser zu machen. Es wäre verkehrt, wollte die Post zu eingeschränkt bauen. Das Beste ist ein guter Mittelweg. — Abg. Singer (Soz.): Den übertriebenen Luxus bei den Postbauten wollen auch wir nicht, aber es ist durchaus gerechtfertigt, auch in den Provinzen anständige Dienstgebäude zu errichten, die, zumal da sie stets in dem Mittelpunkt der Verkehrsgegenden stehen, sich sehen lassen können. — Abg. Limburg-Stirum (kons.): Wir sind beim Militär- und Marineetat eben so sparsam, wie beim Postetat. Wir wollen aber nicht übertriebenen Luxus in der äußeren Ausstattung der Postbauten. Das Extraordinarium wird unverändert angenommen. — Bei den Einnahmen plaidirt Abg. Fischbeck (freis. Volksp.) nochmals für Herabsetzung der Telephongebühren. Die Einnahmen werden genehmigt. Bei dem Etat der Reichsdruckerei bemerkt auf eine Bemängelung des Abg. Hasse Unterstaatssekretär Fischer: In der Reichsdruckerei, in welcher nach der ertheilten Richtschnur im Allgemeinen nur für Reichs- und Staatszwecke zu arbeiten sei, sei dies vor einigen Wochen wieder in Erinnerung gebracht worden und seitdem seien ihm neue Klagen über eine mit der Privatindustrie unzulässige Konkurenz nicht zu Ohren gekommen. — Der Etat der Reichsdruckerei wird angenommen; ebenso debattelos der Etat des Reichstags. — Beim Etat des Reichskanzlers erbittet Abg. Dr. Barth (freis. Ver.) Aufklärung über das Schicksal der Währungskonferenz. Nachdem in England Herr Balfour, der bekannte Bimetallist, an das Ruder gelangt ist und erklärt hat, daß er sich von einer Konferenz nichts verspreche, ist es wichtig, über die Stellung unserer Regierung informirt zu sein. Nur in der Unsicherheit der amerikanischen Währungsverhältnisse liegt die Ursache der Panik, welche die Cleveland'sche Botschaft über Venezuela zur Folge haben konnte. In Frankreich hat der leitende Staatsmann erklärt, er wolle gelegentlich das Protokoll der stattgehabten Verhandlungen nachlesen (Heiterkeit). — Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage, die Auskunft heute schon zu geben, ich werde aber in der nächsten Zeit eine Erklärung abgeben können über die Stellung, welche die verbündeten Regierungen zu der Angelegenheit einnehmen. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Die Herren links sollten doch in ihrer Position sich nicht so sicher fühlen, sie haben in ihrer Freihandelsstellung schon einmal jetzt plötzlich Schiffbruch erlitten. Ueber Herrn Balfour haben wir uns nie Illusionen hingegeben. Durch den Beitritt Rußlands zur Goldwährung hat sich unsere Position nur verbessert. Wir haben in England und in dem französischen Ministerium überzeugte Anhänger der Doppelwährung. Zunächst interessirt am Bimetallismus ist die Landwirthschaft, aber auch die Industrie wird bei ihrem Export sich überzeugen müssen, daß wir ohne das Silber nicht auskommen, namentlich wenn die Konkurrenz Japan und China auf den Plan tritt. Mögen Sie spotten so viel Sie wollen und möge die Antwort des Reichskanzlers ausfallen wie sie wolle, wir werden unsere Bestrebungen nicht aufgeben (Beifall rechts). — Präsident v. Buol bemerkt, daß auf der Journalistentribüne sich wiederholt Unruhe bemerkbar gemacht habe und Zwischenrufe und Mißfallbezeugungen von dort vernommen worden sind. Er hoffe, daß der Hinweis auf § 63 der Geschäftsordnung genügen werde, um derartige Vorkommnisse für

W. Heinemann's Weinhandlung (Heinemann & Grahl) Blasewitz, 53 Residenzstrasse 53 und Weinstuben